

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Einzelgenpreis: Die 1/2 Spalt. Wirtmeterzelle oder deren Raum 8 J. Restame 18 J. Bezugspr.: Monatl. d. Post A 1.20 einchl. 18 J. Beförd.-Geb. 3/4, 36 J. Zustellungsgeb.: d. Wo. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konturzen hinfällig wird. Erfüllungsort Wittenberg. Gerichtsstand Nagold. od. Betriebskür. befreit sein Anspruch auf Lieferung der Zeitg./Telegr.: „Tannenbl.“ / Tel. 321.

Nummer 124

Wittenszeitg. Freitag, den 1. Juni 1934

57. Jahrgang

Transferkonferenz — Wirtschaftliches Stückwerk

W.D. Die Transferkonferenz ist von falschen Voraussetzungen ausgegangen, wobei festgestellt werden muß, daß dies nicht die Schuld Deutschlands war, wenn man überhaupt von Schuld sprechen will. Von deutscher Seite ist aus berufenem Munde stets betont worden, daß eine durchgreifende, für die Dauer gedachte Lösung nur zu erreichen sei, wenn alle Beteiligten in voller Erkenntnis der großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge das zur Aussprache stehende wirtschaftliche Problem als Ganzes behandeln würden. Das ist nicht geschehen, vielmehr erschienen die einzelnen Länderabordnungen ohne weitreichende Vollmachten, ganz unter dem Auftrag ihres Heimatlandes stehend, um aus dem Gesamtproblem Vorteile für sich herauszuholen. Solch Verfahren kann niemals zu einer Generalvereinbarung aller dieser Fragen führen, die, wie mit aller Deutlichkeit immer wieder gesagt werden muß, direkt und indirekt auch eine Auswirkung jenes Geldwertes der internationalen Weltwirtschaft sind, der vielleicht die fürchterlichste Zitterbewegung des gegen Deutschland in der Nachkriegszeit gerichteten Wirtschaftskrieges gewesen ist.

Wenn erst kürzlich anlässlich seines Besuchs in Berlin der Präsident der Internationalen Handelskammer davon sprach, daß die Weltwirtschaftskrise sich nur durch die verständnisvolle Zusammenarbeit aller Länder beheben lasse, so war auf der Konferenz wirtschaftlich den ausländischen Gläubigern die beste Gelegenheit gegeben, diese Forderung in die Tat umzusetzen. Wenn aber die Front der Gläubiger sich nicht einmal zu einheitlicher Stellungnahme entschließen konnte, wie die Erklärungen der verschiedenen Abordnungen zeigen, so ist dies Beweis genug dafür, wie es in Wahrheit um die wirtschaftliche Zusammenarbeit der verschiedenen Länder steht. Die Gläubiger waren sich nur in der einen Forderung einig, daß Deutschland einen präzisierten Vorschlag zu unterbreiten habe. Dies ist denn auch geschehen, wie die offizielle Verlautbarung in allen Einzelheiten feststellt.

Die wichtigsten Punkte sind folgende: Zunächst ist ab 1. Juli 1934 der Transfer für alle Anleihen, mit Ausnahme der des Reiches, ausgeschlossen. Das verbindliche Angebot der Reichsbank erstreckt sich auf Forderungsbonds der Konversionskasse, die am 1. Januar 1945 bei einem Zinssatz bei 3 Prozent per anno fällig werden. Für diese Bonds hat das Reich, dessen Zustimmung bereits in den nächsten Tagen erfolgen dürfte, die Garantie zu übernehmen. Die Ausgabe der Bonds bedeutet also keine Zahlungseinstellung, sondern lediglich ein Aufsummen von Schulden. Ein bedingtes Angebot der Reichsbank erstreckt sich auf Barzahlung, indem sie sich verpflichtet, vorbehaltlich eines möglichen Widerrufs, Zinsscheine zu 40 Prozent ihres Nominalbetrages zu laufen. Selbstverständlich kann ein Gläubiger die Zinsscheine auch behalten.

Leider ist die für Deutschland so außerordentlich wichtige Frage der Schaffung zusätzlicher Abzahlgebiete überhaupt nicht erörtert worden, ebenso ist die Frage der Reichsanleihen nicht geklärt. Diese von der Gläubigerseite allem Anschein nach mit voller Absicht zurückgestellten, an sich notwendigen Erörterungen beweisen, daß von vornherein an eine Dauerlösung von ihrer Seite nicht gedacht war.

Wenn man also in wirtschaftlicher Hinsicht das Ergebnis zusammenfaßt, so ist es immerhin als ein Fortschritt zu bezeichnen, daß sich der zu diesem Zwecke eingesehene Unterausschuß von dem tatsächlichen Ernst der deutschen Devisenlage und dem Nichtvorhandensein geheimer Devisenbestände selbst überzeugen hat. Ferner ist wesentlich die einmütige Feststellung der Konferenz, daß es sich tatsächlich nur um Transferprobleme, also nicht etwa um einen echten Zahlungsverzug Deutschlands handelt. Dies sind immerhin Erkenntnisse, mit denen weitergearbeitet werden kann und die hoffen lassen, daß die wirtschaftliche Wahrheit sich entsprechend dem allgemeinen Interesse der Wirtschaft in der ganzen Welt mehr und mehr durchsetzt. Da es nicht zu einer von Deutschland angestrebten Dauerlösung gekommen ist, werden in absehbarer Zeit die Gläubiger wiederum zu einer Konferenz zusammenkommen müssen. Je eher sich die wirtschaftlichen Erkenntnisse von dem wahren Stand der Dinge durchsetzen und Allgemeinut aller Völker werden, desto eher besteht Aussicht, daß diese Konferenz dann die letzte ihrer Art sein und zur Beruhigung der Wirtschaft aller Länder die grundsätzlich erstrebte Generalvereinbarung herbeiführen wird.

SA-Brigadeführer Wasmers tödlich verunglückt

Donauwörth, 30. Mai. Durch einen Unglücksfall kam heute Mittag der Führer der SA-Brigade SA-Brigadeführer Joseph Wasmers, in der Nähe von Donauwörth ums Leben.

Einigung über die Saarabstimmung

bei den Genfer Vorbereitungen

Genf, 1. Juni. In später Stunde des Donnerstags wurden nach mehrstündigen Verhandlungen zwischen den Vertretern Deutschlands, Italiens und Frankreichs Formulierungen für die Lösung der Abstimmungsfrage im Saargebiet festgelegt, die den Regierungen Deutschlands und Frankreichs zur Beschlussfassung übermittelt worden sind. Man erwartet eine Entscheidung bis Freitagmittag.

Frankreich soll auf die Saar verzichten

Eine belgische Warnung an Frankreich

Brüssel, 31. Mai. Die Tageszeitung „Vingtième Siècle“ veröffentlicht am Donnerstag einen äußerst freimütig geschriebenen Leitartikel zur Saarfrage, in dem das Blatt Frankreich davor warnt, durch seine unnachgiebige Haltung einen neuen Unruheherd in Europa zu schaffen. Es appelliert an die französische Regierung, sich vor der Abstimmung, und zwar sofort, durch unmittelbare Verhandlungen mit Deutschland über die Saarfrage zu verständigen. „Vingtième Siècle“ steht nicht in dem Verdacht, besonders deutschfreundlich zu sein. Die Stimme der Vernunft, die aus seinen Ausführungen klingt, ist auch deshalb besonders beachtlich, da in der letzten Zeit unter dem Eindruck der in Belgien besonders aktiv betriebenen französischen Propaganda hier eine gefährliche Verwirrung der öffentlichen Meinung hinsichtlich des Saargebiets Platz zu greifen droht. Die Tatsache, daß die Saarländer im nächsten Jahre nahezu einmütig sich für Deutschland erklären werden, ist

für das Blatt nicht zweifelhaft. Auch die sogenannte französische Lösung, d. h. die Beibehaltung des bisherigen Regimes, werde von den Saarländern bestimmt abgelehnt werden. Die Politiker und Journalisten, die heute noch eine gegenteilige Meinung verbreiten, würden eine schwere Verantwortung auf sich laden. Die Abstimmung werde ein großer Triumph für Deutschland sein und als eine Niederlage Frankreichs ausgelegt werden. Der Verfasser des Artikels sieht für die Zeit nach der Abstimmung eine schwerwiegende Störung der deutsch-französischen Beziehungen und eine weitere Beunruhigung Europas voraus, wenn keine Verständigung vor der Abstimmung zustandekommt. Er wendet sich sodann mit folgenden Worten an Frankreich:

„Es ist unbedingt notwendig, und zwar sowohl im französischen wie ganz allgemein im europäischen Interesse, daß Frankreich mit Deutschland verhandelt, und zwar vor der Abstimmung und sogar sofort, damit die überreizte Stimmung, die heute in Deutschland hinsichtlich der Saar besteht, ein Ende nimmt. Frankreich muß freiwillig und ohne länger zu warten, auf die Saar verzichten, ehe es dazu in einem Jahr gezwungen wird. Deutschland ist bereit, ihm wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen, wie mehrfach von deutschen maßgebenden Zeitungen versichert worden ist. Frankreich hat alles Interesse daran, sofort seine Saarklause aufzugeben. Nach der Abstimmung wird Deutschland ihm die Vorteile, die es ihm heute geben will, verweigern.“

Bizetanzler von Papen über die Saar

Berlin, 30. Mai. Im Rahmen eines Pressefrühstücks des Vereins der ausländischen Presse im Hotel Adlon hielt Bizetanzler von Papen eine Rede über außenpolitische Fragen, in deren Mittelpunkt vor allem Ausführungen über die Saarfrage standen. Er führte dabei u. a. aus: Von Deutschland wurden jährlich größere Summen für die Saar aufgebracht als die Steuererträge in der gleichen Zeit an Steuern einnahm. Es sind dies die Zulagen der Sozialversicherung, Unfallrenten, Offiziers- und Kriegspensanten. Bei einer Fortdauer des Status quo würden diese deutschen Leistungen selbstverständlich fortfallen müssen.

Bizetanzler von Papen erläuterte die unbedingte Abhängigkeit der saarländischen Wirtschaft vom deutschen Markt beweiskräftig aus der Entwicklung der Ausfuhr der schwerindustriellen Erzeugnisse. Ihr steigender Abzug in Deutschland und fallender Abzug in Frankreich erklärt sich zwanglos aus der Ueberfälligkeit des französischen Marktes an eigener Produktion. Ueberblickt man den Gesamtbereich der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Saargebiet und Frankreich, so entdeckt man nirgendwo eine unbedingte unabänderliche Abhängigkeit, sondern nur einen Bereich von Wirtschaftsbeziehungen, wie er zwischen verschiedenen Wirtschaftsgebieten überhaupt besteht und angängig ist. Bei einer Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland würde diese naturgemäß Frankreich gegenüber heute stärker betonte Wirtschaftsverflechtung der mit der austretenden deutschen Wirtschaft an Umfang und Bedeutung verlieren. Damit ist keineswegs gesagt, daß das Saargebiet auf einen Wirtschaftsaustausch mit Frankreich verzichten soll. Er soll aber nach dem Grundgesetz wirtschaftlicher wechselseitiger Erzeugung und nicht nach dem Grundgesetz politischer Erpressungsmethoden vor sich gehen.

Die französische Propaganda setzt nun ihre Hoffnung darauf, daß die Uebernahme der Regierung durch Adolf Hitler und den Nationalsozialismus vielen Bewohnern des Saargebiets nicht paßt. Sie hofft auf Kommunisten, Sozialdemokraten und ehemalige Zentrumsangehörige. Zur Deutschen Front stehen aber fast überall ehemalige Mitglieder der SPD, und KPD, Männer, denen die Liebe zum Vaterland mehr galt als eigenes Ich. Glauben Sie mir, meine Herren, die Stimme des Blutes und der Heimat ist im deutschen Arbeiter härter als alle Verlodungen von fremder Seite. Nun zur Hoffnung auf den katholischen Teil der Bevölkerung. Auch hier wird Frankreich eine große Enttäuschung erleben. Es ist ganz klar, daß in diesen Kreisen große Sorge herrscht in der Frage der kirchlichen Entwicklung in Deutschland. Die katholische Bevölkerung des Saargebiets würde es aber als eine beleidigende schwerer Art ansehen, würde man den Schluß daraus ziehen, daß sie auf Grund dieser Sorgen nicht für Deutschland stimmen würden.

Der Bizetanzler kennzeichnete in diesem Zusammenhang die Gefolgschaft der Leute wie Ray Braun und die Emigranten, die im Saargebiet die Träger der französischen Propaganda sind. Die Regierungskommission, die so bestimmungsgemäß als Treuhänderin des Saargebietes verwalte, hat es fertiggebracht, in die Polizei Emigranten, teilweise sogar an führender Stelle einzusetzen. Eine derartige Maßnahme ist mei-

nes Erachtens nicht tragbar. Es ist auch ganz selbstverständlich, daß diese Leute nicht neutral und objektiv ihren Dienst versehen und sich in schärfsten Gegensatz zur Bevölkerung setzen müssen. Diese Maßnahme hat in der Bevölkerung größte Erbitterung hervorgerufen.

Meine Herren, die Deutsche Front hat es wirklich nicht nötig, einen Druck auf die Bevölkerung auszuüben. Sie umfaßt bereits 8 v. H. der Bevölkerung, ohne daß auch nur eine Werberversammlung abgehalten wurde. Sie hat zum Ueberflus einen eigenen Kontrolldienst eingerichtet, der jede Ausübung eines Drucks oder Zwanges sofort der Leitung zu melden hat. Jeder Verstoß hat unnochdächlich Ausstoßung aus der Deutschen Front zur Folge. Mehr kann man wirklich nicht tun, aber man soll eine Bevölkerung nicht reizen. Darüber muß sich auch die Regierungskommission klar sein.

Wenn Frankreich, so erklärte der Bizetanzler, an den Errungenschaften der französischen Revolution festhalten möchte, so können wir nichts dagegen einzumenden haben. Wir selbst haben uns entschlossen, diese Errungenschaften abzustreifen, die uns an den Abgrund des Bolschewismus gebracht hätten, und wir glauben damit Europa einen geschichtlichen Dienst erwiesen zu haben. Europa befindet sich doch wirklich nicht in einem Zustand idealer friedlicher Entwicklung. Statt daß wir uns über Fragen, wie die Saarfrage, verständnisvoll die Hände reichen, ziehen wir immer tiefere Gräben zwischen uns. Eines ist sicher, wenn wir gemeinsam die wirtschaftlichen Fragen lösen und dafür sorgen werden, daß die Industrien Beschäftigung, die Bevölkerung Arbeit und Brot hätten, dann würden Zufriedenheit und Vertrauen wiederkehren. Im Bereich dieser Frage liegt auch das Saarproblem, das allerdings für uns kein Problem ist.

Frankreich verlangt in Genf Garantien für eine unbedingte Abstimmung und Sicherung des Ergebnisses der Wahl. Wir haben einige Erfahrung und wären glücklich gewesen, wenn man uns solche Garantien in früheren Abstimmungsgebieten gegeben hätte, wo starke deutsche Minderheiten anderen Nationen zugeteilt wurden und man seit 15 Jahren vielfach fortführt, den deutschen Volksleuten nicht nur politisch zu entrechten, sondern auch materiell auf jede Art zu enteignen. Aber hier an der Saar liegen die Dinge anders: Frankreich macht offiziell keinen Anspruch auf Gebietserwerbungen, weil es französische Minderheiten dort nicht gibt. Es handelt sich also nur um Garantien für die Deutschen, die in den Schoß der Heimat zurückkehren. Unverständlich ist mir die Rücksicht der französischen Regierung für solche Elemente, die nicht französische Staatsbürger sind, es vermutlich auch nicht werden wollen, und die aus rein innerpolitischen Motiven alles tun, um ihr eigenes Vaterland in den Augen der Welt herabzusetzen. Aber wie dem auch sei, die deutsche Regierung ist vollkommen bereit, die Garantien für die Zeit nach der Abstimmung zu übernehmen, die ihr billigerweise zugemutet werden können.

Wir wollen unsererseits nichts unversucht lassen, um dieses traurige Kapitel des Friedensvertrages mit möglicher Beschleunigung so abzuschließen, daß es in Zukunft keinerlei Streitfragen darüber zwischen uns und Frankreich geben kann.



